

von Golowatscheff, Wadim

Article — Digitized Version

Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: von Golowatscheff, Wadim (1956) : Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 9, pp. 491-492

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132340>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

positionen zu übernehmen und sein Lager — wenn nötig — auch einmal „durchzuhalten“, d. h. die gelagerte Ware solange halten zu können, als dies in Anbetracht der Marktlage erforderlich ist.

Der Einfuhrhandel ist durch die Währungsreform weitgehend entkapitalisiert worden. Abschreibungsmöglichkeiten auf Anlagen stehen ihm nur in unbedeutendem Maße zur Verfügung. Spezielle steuerliche Förderungsmaßnahmen, wie sie für die Produktion, den Wohnungsbau, den Schiffbau getroffen worden sind, blieben für den Einfuhrhandel bisher mit Ausnahme gewisser Bewertungserleichterungen bei bestimmten Waren aus. Es kommt hinzu, daß weite Kreise durch die völlig unbillige innerdeutsche Regelung der Vorkriegsremboursverbindlichkeiten getroffen worden sind, indem sie eine bereits in RM bezahlte Schuld noch einmal in DM abdecken müssen. Allzu krasse Härten hat man zwar inzwischen beseitigt; das Problem ist aber für eine große Zahl von Einfuhrfirmen nach wie vor ungelöst.

Je geringer so das Gewicht der eigenen deutschen Einfuhrmärkte bleiben mußte, desto größere Bedeutung haben die großen Tran-

sitmärkte in den ausländischen Handelszentren des benachbarten Westeuropa erlangt. Diese Tatsache findet ihren deutlichen Niederschlag in dem steigenden Transitbezug überseeischer Waren aus diesen Ländern, in denen die deutsche Industrie ihren Bedarf kurzfristig eindecken kann. Dort sind große Märkte entstanden, die den eigenen Volkswirtschaften viele Vorteile bieten. Vorteile, deren sich die Bundesrepublik durch Unterlassung wirksamer Maßnahmen zur Förderung der Marktbildung im Inland begeben hat.

Eine Schwäche der deutschen Einfuhrmärkte muß sich auch nachteilig für unseren eigenen Transithandel, der traditionell mit dem Importgeschäft verknüpft ist, auswirken. Nachdem die deutschen Verfahrensvorschriften dem Transithändler wieder weitgehende Freizügigkeit gebracht haben, stellen zwar die Devisenbestimmungen des Auslandes vielfach noch erhebliche Hemmnisse dar. Auch der Eiserne Vorhang ist ein schweres Hindernis für den deutschen Transithandel. Eine entscheidende Schwierigkeit liegt aber in der unzureichenden Lagerhaltung, die — wäre sie ausreichend und gut sortiert — für den ausländischen Ab-

nehmer ebenso wie für den inländischen Verarbeiter oder Verbraucher einen Anreiz bieten würde, sich kurzfristig auf dem deutschen Einfuhrmarkt einzudecken, wo er jederzeit ein reichhaltiges Angebot der benötigten Ware vorfindet.

Wenn das Fehlen einer genügenden Eigenkapitaldecke des Einfuhrhandels Ursache für den unzureichenden Aufbau der deutschen Einfuhrmärkte ist, so ist es erforderlich, durch steuerliche Maßnahmen das in den vergangenen Jahren Versäumte nachzuholen. Eine nachhaltige Förderung der Träger der Einfuhrmärkte würde eine sinnvolle Verstärkung der Lagerhaltung ausländischer Waren bewirken, d. h. eine über das zur Deckung des laufenden Bedarfs erforderliche Maß hinausgehende Einfuhr. Der strukturelle Effekt der Stärkung funktionsfähiger Einfuhrmärkte würde auch begleitet sein von einem konjunkturpolitisch höchst erwünschten Effekt, durch den die hohen Ausfuhrüberschüsse solange vermindert würden, bis die Lagerhaltung einen volkswirtschaftlich notwendigen und einzelwirtschaftlich vertretbaren Umfang erreicht hat.

Dr. Karsten Andresen, Hamburg

Dr. Wadim von Golowatschew, Hamburg

Konjunktorentwicklung in der Bundesrepublik

Die konjunkturelle Entwicklung in der westdeutschen Wirtschaft hat im Jahre 1956 ebenso im Zeichen einer weiter zunehmenden Dämpfung der vorangegangenen beschleunigten Expansion gestanden, wie in den meisten übrigen Industrieländern. Erwartungsgemäß wurde diese Entwicklung in der Hauptsache durch die starke Verlangsamung in der Zunahme der privaten Investitionen verursacht, während der private Verbrauch fast unverändert weiter anstieg. Die allgemein gedämpfte Investitionsneigung wirkte sich besonders stark im Baugewerbe aus, wo der Produktionsstand im Juli ds. Js. sogar erstmalig den Vorjahrsstand um 1 v. H. unterschritt.

Geht man von den saisonbereinigten Zahlen des industriellen Produktionsvolumens aus, so zeigt sich, daß die industrielle Expansion praktisch überhaupt zum Stillstand gekommen ist.

Das gleiche Bild ergibt sich aus dem Vergleich der Entwicklung der Auftragseingänge und der Umsätze in der Industrie, deren Relation eine fortschreitende Normalisierung zeigt. Besonders kennzeichnend ist dabei, daß die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterindustrien in den letzten Monaten geringer als die Auslieferungen waren. Die Auftragsbestände haben erstmalig seit über zwei Jahren auch absolut abgenommen.

Wie erwartet, hat die fortschreitende Erlahmung der Expansionskräfte bereits auch zu einem Umschwung der bisher nach oben gerichteten Preistendenz geführt.

Index des industriellen Produktionsvolumens
(Durchschnitt 1950 = 100, saisonbereinigt)

Industriebranche	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni*)	Juli*)
Gesamte Industrie (einschl. Bau)	190	182	188	195	198	190	193
darunter:							
Energieversorgungsbetriebe (Elektrizität, Gas u. Wasser)	183	197	186	189	190	187	190
Bergbau (einschl. Erdölgewinnung)	140	138	138	143	144	144	142
Sonstige Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	184	168	178	191	191	190	191
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	171	171	184	179	188	165	171
Sonstige Verbrauchsgüter- industrien	173	166	169	175	177	177	182
Investitionsgüterindustrien (ohne Bau)	240	232	236	247	252	243	244
Bauindustrie	197	84	160	188	202	178	181

*) Vorläufige Zahlen.

Zweifellos wurde diese Entwicklung durch die im Frühjahr 1956 getroffenen restriktiven kreditpolitischen Maßnahmen der Bank deutscher Länder gefördert. Man muß sich aber indessen im Klaren darüber sein, daß die Gefahr einer übersteigerten Nachfrage, der die BdL mit diesen Maßnahmen vorzubeugen suchte, im Jahre 1956 im Gegensatz zum Vorjahr weniger in der binnen- als in der außenwirtschaftlichen Entwicklung

lag. Die in vielen Industrieländern im vergangenen Jahr erreichte Überbeschäftigung hatte nämlich in zunehmendem Maße dazu geführt, daß ihre heimische Produktion — gerade auch an Investitionsgütern — weder der noch ansteigenden Inlandsnachfrage noch der Importnachfrage der anderen Länder mehr voll entsprechen konnte. So ergab sich in vielen Ländern bei gleichzeitig nachlassender Exportfähigkeit ein schnell zunehmender Importbedarf, zumal die allgemeine Entwicklung steigende Preise und übermäßige Verlängerungen der Lieferfristen der heimischen Industrie dieser Länder zur Folge hatte. In dieser Situation mußte der Umstand, daß die im Herbst vorigen Jahres auch in der Bundesrepublik erreichte Vollbeschäftigung dank dem schon damals vollzogenen Übergang zu einer re-

Preisentwicklung
(Durchschnitt 1950 = 100)

Preiskategorien	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Grundstoffpreise	127	129	130	130	129	129	128
Erzeugerpreise der Industrie	120	121	121	121	121	120	120
darunter:							
Energieerzeugung	139	139	139	139	139	139	139
(einschl. Erdölindustrie)	153	153	152	158	156	156	156
Bergbau							
Sonstige Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	138	138	139	137	137	136	136
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	105	105	106	105	105	104	104
Sonstige							
Verbrauchsgüterindustrien	97	97	98	98	98	98	98
Investitionsgüterindustrien	126	127	127	127	127	127	127
Wohnbaukosten		131			133		
Einzelhandelspreise	105	106	107	107	107	107	107
Lebenshaltungskosten	112	112	113	113	113	113	113
Stundenlöhne in der Industrie		144			147		

striktiven Kreditpolitik nicht in einem Überbeschäftigungszustand ausgeartet war und daß infolgedessen weder der Preisauftrieb noch die Verlängerung der Lieferfristen so stark wie in Großbritannien und in den meisten überbeschäftigten Industrieländern waren, in ganz besonderem Maße exportfördernd wirken. Nur so kann erklärt werden, daß die Ausfuhr der Bundesrepublik im 1. Halbjahr 1956 um fast 20 v. H., die der Gesamtheit der übrigen westeuropäischen Industrieländer aber nur etwas über 6 v. H. größer war, als in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres. Da die allgemeine Verlangsamung des Expansionstempos in der Bundesrepublik zugleich auch zu einer entsprechenden Verlangsamung in der Zunahme des Einfuhrbedarfs geführt hatte, ergaben sich seit Beginn dieses Jahres in der Handelsbilanz der Bundesrepublik steigende Überschüsse, die sich im beschleunigten Wachstum der Gold- und Devisenreserven der Bank deutscher Länder niederschlugen.

Alles spricht indessen dafür, daß der sich gegenwärtig im weltwirtschaftlichen Raum vollziehende Übergang von der beschleunigten Nachhol-Expansion des ersten Nachkriegsjahrzehnts zu einem wesentlich langsameren „normalen“ Wachstum mit einer entsprechend verminderten Wachstumsrate des Einfuhrbedarfs verbunden sein wird. Dies gilt um so mehr, als die in verschiedenen Ländern ergriffenen kredit- und finanzpolitischen restriktiven Maßnahmen zur Beseitigung des inflationären Kaufkraftüberhanges sich jetzt immer stärker auszuwirken beginnen und in den kommenden Monaten, zumal nach dem Ende des saisonüblichen herbstlichen Auftriebs die konjunkturelle Entwicklung

noch mehr als bisher beeinflussen dürften. Es versteht sich, daß dies auf die Weiterentwicklung des westdeutschen Exports nicht ohne Einfluß bleiben kann.

Auf der anderen Seite kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die gegenwärtige Zäsur in der konjunkturellen Aufwärtsbewegung der Bundesrepublik wohl schon im Laufe des Jahres 1957 durch eine erneute Expansion abgelöst werden wird. Dafür sprechen die im nächsten Jahre bevorstehende stärkere Zunahme der Rüstungsausgaben und die dann zu erwartende Zunahme des privaten Verbrauchs infolge fortgesetzter Lohnsteigerungen, der im Herbst bevorstehenden Steuersenkungen und der geplanten Erhöhung der Altersrenten.

Im Gegensatz zu bisher kann also damit gerechnet werden, daß die Sonderfaktoren, die in den letzten Monaten zu einer außergewöhnlichen Aktivierung der westdeutschen Zahlungsbilanz auf Kosten der meisten westeuropäischen Industrieländer geführt haben, in absehbarer Zeit an Wirksamkeit verlieren werden. Damit würde sich die viel diskutierte Frage einer etwaigen DM-Aufwertung von selbst erledigen.

Eher erscheint jetzt sogar die Frage berechtigt, ob es nicht, nachdem es in den letzten Monaten infolge der schnell abnehmenden Investitionsneigung zu einem weit über das ursprünglich angestrebte Ziel der Beseitigung der Gefahr einer allgemeinen monetären Übernachfrage hinausgehenden völligen Stillstand der konjunkturellen Expansion gekommen ist, schon jetzt an der Zeit ist, die bisherige restriktive Politik, und sei es auch nur vorübergehend, wieder zu lockern, um einer sonst unvermeidlichen übermäßigen Drosselung der Investitionstätigkeit in der gegenwärtigen Zwischenphase der konjunkturellen Entwicklung vorzubeugen, deren Folge nur eine zweifellos unerwünschte zeitweilige Unterbeschäftigung der westdeutschen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit sein könnte.

Bei den noch immer überhöhten Steuersätzen und den zunehmenden Auswirkungen der bisherigen restriktiven Finanz- und Kreditpolitik auf dem Kapitalmarkt, die zur Herausbildung eines weitgehend prohibitiven Zinsniveaus und zur entsprechenden Einengung der langfristigen Finanzierungsmöglichkeiten für neue Investitionen geführt haben, ist diese Gefahr in der Tat nicht mehr von der Hand zu weisen.

Im Lichte dieser Tatsachen muß die von der Bank deutscher Länder am 5. September ds. Js. beschlossene Herabsetzung ihrer Rediskontsätze zunächst von $5\frac{1}{2}\%$ auf 5% gesehen und als Zeichen ihrer Bereitschaft aus der veränderten Konjunkturlage unverzüglich die nötigen Konsequenzen zu ziehen, begrüßt werden.

Das Festhalten an einer restriktiven Finanz- und Kreditpolitik wäre von nun an um so weniger zu verantworten, als der von ihr ausgehende deflationistische Druck notwendigerweise zu einer erneuten Zunahme des Exportanreizes bei gleichzeitig erst recht abnehmender Importneigung führen muß. Damit aber würde sie dem sich jetzt anbahnenden Abbau der hohen Zahlungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik direkt entgegenwirken, deren inflatorischen Einfluß auf die Wirtschaft sie gerade verhindern soll.